

Bericht des Vorstands zu den Tagesordnungspunkten 6, 7, 8 und 10 der Hauptversammlung der VIENNA INSURANCE GROUP AG Wiener Versicherung Gruppe am 23. Mai 2025

Bericht des Vorstands gemäß § 153 Absatz 4 iVm §§ 170 Absatz 2, 65 Absatz 1 b und 174 Absatz 4 Aktiengesetz

Im Rahmen der 34. ordentlichen Hauptversammlung der VIENNA INSURANCE GROUP AG Wiener Versicherung Gruppe soll der Vorstand gemäß § 169 Absatz 2 Aktiengesetz ermächtigt werden, bis längstens 22. Mai 2030 das Grundkapital der Gesellschaft – auch in mehreren Tranchen – um bis zu Nominale EUR 66.443.734,10 durch Ausgabe von bis zu 64.000.000 auf Namen oder Inhaber lautende Stückaktien gegen Bar- oder Sacheinlage oder eine Kombination der beiden zu erhöhen. Über den Inhalt der Aktienrechte, den Ausschluss der Bezugsrechte und die sonstigen Bedingungen der Aktienausgabe entscheidet der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrates. Diese Ermächtigung ersetzt den in der 30. ordentlichen Hauptversammlung am 21. Mai 2021 unter Tagesordnungspunkt 6 gefassten Beschluss. § 4 Absatz 2, erster Satz der Satzung wird dementsprechend geändert.

Der Vorstand soll ermächtigt werden, mit Zustimmung des Aufsichtsrates gemäß § 174 Absatz 2 Aktiengesetz bis 22. Mai 2030 Gewinnschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu EUR 2.000.000.000,--, auch in mehreren Tranchen, auch unter Ausschluss der Bezugsrechte, auszugeben sowie alle weiteren Bedingungen für die Ausgabe der Gewinnschuldverschreibungen festzusetzen. Diese Ermächtigung ersetzt den in der 30. ordentlichen Hauptversammlung am 21. Mai 2021 unter Tagesordnungspunkt 7 gefassten Beschluss.

Der Vorstand soll ermächtigt werden, mit Zustimmung des Aufsichtsrates gemäß § 174 Absatz 2 Aktiengesetz bis 22. Mai 2030 einmalig oder mehrmals Wandelschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu EUR 2.000.000.000,--, auch unter Ausschluss der Bezugsrechte, auszugeben sowie alle weiteren Bedingungen, die Ausgabe und das Umtauschverfahren der Wandelschuldverschreibungen festzusetzen. Diese Ermächtigung ersetzt den in der 30. ordentlichen Hauptversammlung am 21. Mai 2021 unter Tagesordnungspunkt 8 gefassten Beschluss.

Auf Grundlage der Beschlüsse der Hauptversammlung der VIENNA INSURANCE GROUP AG Wiener Versicherung Gruppe in der 30. ordentlichen Hauptversammlung am 21. Mai 2021 unter Tagesordnungspunkten 7 und 8 sind keine Gewinnschuldverschreibungen oder Wandelschuldverschreibungen begeben worden.

Der Vorstand soll ermächtigt werden, gemäß § 65 Absatz 1 Ziffer 4 und 8 sowie Absatz 1a und 1b Aktiengesetz bis zum gesetzlich jeweils höchstzulässigen Bestand an eigenen Aktien, einmal oder auch mehrfach, im Ausmaß von insgesamt bis zu 10 % des Grundkapitals auf Inhaber lautende eigene Stammaktien während einer Geltungsdauer von 30 Monaten ab dem Tag der Beschlussfassung der Hauptversammlung zu erwerben. Der beim Rückerwerb zu leistende Gegenwert darf nicht niedriger als maximal 50 % unter und nicht höher als maximal 10 % über dem durchschnittlichen, ungewichteten Börseschlusskurs an der Wiener Börse der dem Rückerwerb vorhergehenden zehn Börsetage betragen. Der Erwerb kann nach Wahl des Vorstands über die Börse oder durch ein öffentliches Angebot oder auf eine sonstige gesetzlich zulässige, zweckmäßige Art erfolgen.

Der Vorstand soll ermächtigt werden, längstens für die Dauer von fünf Jahren ab Beschlussfassung, die erworbenen eigenen Aktien ohne oder unter teilweisem oder vollständigem Ausschluss der Bezugsrechte zur Bedienung von Wandelschuldverschreibungen, die auf Grundlage des Beschlusses der Hauptversammlung am 23. Mai 2025 ausgegeben werden, zu verwenden und auf eine andere gesetzlich zulässige Art als über die Börse oder durch ein öffentliches Angebot zu veräußern. Diese Ermächtigung ersetzt den in der 32. ordentlichen Hauptversammlung am 26. Mai 2023 unter Tagesordnungspunkt 6 gefassten Beschluss.

Da die Ermächtigungen des Vorstands auch die Möglichkeit des Ausschlusses der Bezugsrechte beinhalten, erstattet der Vorstand gemäß § 153 Absatz 4 Aktiengesetz den gegenständlichen Bericht.

1. Die vorgeschlagenen Ermächtigungen zum Ausschluss der Bezugsrechte (i) im Falle der Ausgabe neuer auf Namen oder Inhaber lautender Stückaktien aus dem genehmigten Kapital und (ii) zur Veräußerung eigener Aktien, die zuvor nach § 65 Absatz 1 Aktiengesetz erworben wurden, auf eine andere Art als über die Börse oder im Zuge öffentlicher Angebote sind im Interesse der Gesellschaft und der Aktionäre.
 - 1.1. Eigene Aktien können zur Bedienung von Umtausch- und/oder Bezugsrechten aus Wandelschuldverschreibungen, die auf Grundlage des Hauptversammlungsbeschlusses vom 23. Mai 2025 ausgegeben werden, verwendet werden. Bei der Bedienung von Bezugs- oder Umtauschrechten aus Wandelschuldverschreibungen sind bei Verwendung bereits bestehender eigener Aktien für Bezugs- oder Umtauschrechte aus Wandelschuldverschreibungen keine zusätzlichen Kapitalmaßnahmen (etwa eine Kapitalerhöhung aus bedingtem Kapital) erforderlich. Somit müssen für die Bedienung von Bezugs- oder Umtauschrechten keine neuen Aktien (etwa durch Inanspruchnahme von bedingtem Kapital) geschaffen werden, wodurch der für Kapitalerhöhungen typische Verwässerungseffekt vermieden wird.
 - 1.2. Im Zuge einer Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital sowie bei der Veräußerung eigener Aktien soll die Möglichkeit bestehen, Aktien im Rahmen von Mitarbeiterbeteiligungsprogrammen an Arbeitnehmer:innen und leitende Angestellte der Gesellschaft oder an Arbeitnehmer:innen, leitende Angestellte und Mitglieder des Vorstands von mit der Gesellschaft verbundenen Unternehmen bevorzugt anzubieten („Personenkreis“). Zu diesem Zweck sollen die Bezugsrechte im dafür notwendigen

Umfang ausgeschlossen sein. Der Kreis der Berechtigten, die Anzahl der jeweils auszugebenden Aktien, der Ausgabebetrag sowie die sonstigen Ausgabebedingungen werden vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats festgelegt. Der Ausgabepreis ist nach Maßgabe des jeweils aktuellen Börsenkurses der Aktie unter Berücksichtigung eines angemessenen Abschlags festzulegen. Sämtliche eigene Aktien sollen im Rahmen von Mitarbeiterbeteiligungsprogrammen veräußert werden können. Gemäß § 153 Absatz 5 Aktiengesetz stellt die vorrangige Ausgabe von Aktien an den angeführten Personenkreis einen ausreichenden Grund für den Ausschluss der Bezugsrechte dar.

- 1.3. Die Gesellschaft hat in der Vergangenheit die strategische Zielsetzung, in die strategischen Zielländer der VIG zu expandieren konsequent umgesetzt. Damit im Zusammenhang ist auch die vorgeschlagene Ermächtigung zum Ausschluss der Bezugsrechte bei einer genehmigten Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital oder bei der Veräußerung eigener Aktien zu sehen. Die Ermächtigung zum Ausschluss der Bezugsrechte soll dem Vorstand die notwendige Flexibilität bei der Ausführung seiner Akquisitionsstrategie einräumen, indem Aktien aus genehmigtem Kapital oder eigene Aktien bei entsprechendem Bedarf auch als (teilweiser) Kaufpreis für Erwerbsvorgänge eingesetzt werden. Dies wird vielfach vom Veräußerer gewünscht, schont die Liquidität der Gesellschaft und stärkt auch den Zusammenhalt bei gemeinsamer Eigentümerschaft des Erwerbsobjekts. Die genaue Gestaltung derartiger Transaktionen wird im Einzelfall nach Maßgabe der Satzung und der Geschäftsordnungen für den Aufsichtsrat und den Vorstand im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festgelegt.
- 1.4. Im Rahmen der Platzierung neuer Aktien der Gesellschaft ist es oft vorteilhaft und marktüblich, der platzierenden Bank eine Mehrzuteilungsoption (sogenannter Greenshoe) einräumen zu können. Mehrzuteilungsoptionen (Greenshoe) kommen bei Überzeichnung einer Neuemission zur Anwendung, also wenn die Nachfrage nach den auszugebenden Aktien größer ist als das Angebot. Durch Mehrzuteilungsoptionen können zusätzliche Wertpapiere zu denselben Bedingungen ausgegeben werden. Eine solche Mehrzuteilung bei Wertpapieremissionen hat den Zweck, die Kursentwicklung nach der Platzierung der Aktien stabilisieren zu können. Sie liegt damit nicht nur im Interesse der Gesellschaft, sondern auch der Aktionär:innen. Um diese Funktion erfüllen zu können, muss das Bezugsrecht der Aktionär:innen für jene Aktien, die die Mehrzuteilungsoption (Greenshoe) absichern, ausgeschlossen werden können. Neben jungen Aktien aus genehmigtem Kapital sollen dazu auch von der Gesellschaft erworbene eigene Aktien verwendet werden können.
- 1.5. Die Ermächtigung des Vorstands zum Ausschluss des Bezugsrechts beim genehmigten Kapital und der Veräußerung von eigenen Aktien für den Ausgleich von Spitzenbeträgen dient dazu, im Hinblick auf den Betrag der jeweiligen Barkapitalerhöhung ein praktikables Bezugsverhältnis darstellen zu können. Ohne diesen Ausschluss des Bezugsrechts würde insbesondere bei einer Kapitalerhöhung mit einem runden Gesamtbetrag der Kapitalerhöhung die technische Durchführung der Kapitalerhöhung erschwert werden. Die als freie Spitzen vom Bezugsrecht der Aktionär:innen ausgeschlossenen neuen Aktien werden entweder durch den Verkauf über die Börse oder in sonstiger Weise bestmöglich

für die Gesellschaft verwertet. Diese Vorgangsweise ist marktüblich und sachlich gerechtfertigt, weil die Kosten des Bezugsrechtshandels bei Spitzenbeträgen in keinem vernünftigen Verhältnis zum Vorteil für die Aktionär:innen stehen und Auswirkungen der Beschränkungen kaum spürbar sind.

Zusammenfassend kann bei Abwägung aller angeführten Umstände festgestellt werden, dass die Ermächtigungen zum Bezugsrechtsausschluss in den beschriebenen Grenzen erforderlich, geeignet, angemessen und im Interesse der Gesellschaft sachlich gerechtfertigt und unbedingt geboten sind. Ein Erwerb von Beteiligungen oder anderen Vermögenswerten oder besondere, im Interesse der Gesellschaft und der Aktionär:innen gelegene Transaktionsstrukturen (einschließlich Mehrzuteilungsoption und Spitzenausgleich) könnte die Ausgabe von neuen Aktien oder die Veräußerung eigener Aktien unter Bezugsrechtsausschluss erforderlich machen.

Gemäß § 169 Absatz 2 Aktiengesetz kann die Ermächtigung auf höchstens fünf Jahre befristet werden. Die Zeitspanne wird mit dem vorgeschlagenen Beschluss ausgeschöpft.

2. Die vorgeschlagenen Ermächtigungen zum Ausschluss der Bezugsrechte auf (i) Gewinnschuldverschreibungen und (ii) Wandelschuldverschreibungen sind im Interesse der Gesellschaft und der Aktionäre. Die Vorteile von Gewinn- und Wandelschuldverschreibungen liegen in den attraktiven Finanzierungsmöglichkeiten für die Gesellschaft und in der Erschließung von neuen Anlegerkreisen.

Investor:innen erhalten aus Gewinnschuldverschreibungen und Wandelschuldverschreibungen eine Verzinsung bei vergleichbar geringem Risiko hinsichtlich der Rückzahlung des eingesetzten Kapitals. Die Gesellschaft führt seit langem ein aktives Management ihrer Kapitalstruktur durch, um die Kapitalkosten so niedrig wie möglich zu halten. Gewinnschuldverschreibungen und Wandelschuldverschreibungen stellen und stellen ein angemessenes Mittel dar, um dieses Ziel zu erreichen. Durch die hohe Sicherheit für Anleihegläubiger:innen erhält die Gesellschaft einen flexiblen und schnellen Zugang zu attraktiven Finanzierungsbedingungen. Attraktive Finanzierungsbedingungen können jedoch nur erreicht werden, wenn die Gesellschaft rasch und flexibel auf günstige Marktkonditionen reagieren kann. Dieser Vorteil würde durch eine Bezugsrechtsemission mit einer mindestens zweiwöchigen Bezugsfrist zunichte gemacht.

Zusätzlich können durch die Begebung von Gewinn- oder Wandelschuldverschreibungen die Kapitalstruktur der Gesellschaft erweitert und die Bilanzstruktur der Gesellschaft verbessert werden. Abhängig von der gewählten Struktur kann das über die Gewinn- oder Wandelschuldverschreibungen aufgenommene Fremdkapital zur Gänze oder zum Teil von der Aufsichtsbehörde oder internationalen Ratingagenturen wie Eigenkapital bewertet werden. Eine solche Bewertung ermöglicht wiederum ein verbessertes Rating der Gesellschaft und kann damit zu niedrigeren Finanzierungskosten bei zukünftigem Fremdkapital der Gesellschaft führen.

Bei Wandelschuldverschreibungen wird Investor:innen überdies das Recht eingeräumt, zu einem bereits bei der Ausgabe der Wandelschuldverschreibungen festgelegten Preis (Wandlungspreis) künftig Aktien der Gesellschaft zu erwerben, wodurch der Zugang zur Substanz und zur Ertragskraft des Unternehmens ermöglicht wird. Auf diese Weise erhalten Investor:innen auch die Möglichkeit, an einer Wertsteigerung des Unternehmens teilzunehmen. Wandelschuldverschreibungen bieten die Möglichkeit, die aufgrund der Kursentwicklung starke Volatilität der Aktie der Gesellschaft zugunsten der Gesellschaft zu verwerten und damit die Kapitalkosten der Gesellschaft zu senken. Durch die Konditionen der Wandelschuldverschreibungen wird der Ausgabekurs der zu emittierenden Aktien über dem zum Emissionszeitpunkt liegenden Aktienkurs liegen, sodass der Gesellschaft im Vergleich zu einer sofortigen Kapitalerhöhung zusätzliches Kapital zugeführt werden kann. Die Praxis hat gezeigt, dass der Wandlungskurs bei Emissionen mit Bezugsrechtsausschluss meist höher festgesetzt werden kann, als bei gleichwertigen Emissionen mit Gewährung eines Bezugsrechts. Dies liegt in der Struktur von Bezugsrechtsemissionen, bei denen eine mindestens zweiwöchige Bezugsfrist einzuhalten ist. Bei einem Bezugsrechtsausschluss können daher mehr finanzielle Mittel für die Gesellschaft bei einer niedrigeren Anzahl zu emittierenden Aktien generiert werden. Aus diesem Grund ist der Ausschluss der Bezugsrechte mittlerweile auch gängige Praxis bei der Begebung von Wandelschuldverschreibungen auf den Kapitalmärkten.

Außerdem wird eine Wandelschuldverschreibung oftmals als positives Signal am Kapitalmarkt für die Zuversicht der Gesellschaft hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung des Aktienkurses bewertet. Diese Zuversicht spiegelt sich im Wandlungskurs wider, der aus den oben angeführten Gründen meist höher angesetzt werden kann, wenn Bezugsrechte ausgeschlossen werden.

Gewinnschuldverschreibungen und Wandelschuldverschreibungen werden üblicherweise von institutionellen Investor:innen gezeichnet, die sich auf diese Veranlagungsform spezialisiert haben, und die auch von den zu begebenden Gewinn- oder Wandelschuldverschreibungen erschlossen werden sollen. Die Gesellschaft kann somit durch die Ausgabe von Gewinn- oder Wandelschuldverschreibungen ohne Bezugsrecht eine neue Investorenbasis erschließen. Die Emission von Gewinn- oder Wandelschuldverschreibungen mit Bezugsrechten würde dazu führen, dass es nicht oder nur in geringem Ausmaß möglich ist, diese bei institutionellen Investor:innen zu platzieren. Durch den Verzicht auf die Zeit und somit auch kostenaufwändige Abwicklung der Bezugsrechte können der Kapitalbedarf der Gesellschaft aus sich kurzfristig bietenden Marktchancen sehr zeitnah gedeckt sowie zusätzlich neue Investor:innen im In- und Ausland gewonnen werden. Durch die Möglichkeit des Bezugsrechtsausschlusses wird daher eine Stärkung der Eigenmittel und eine Senkung der Finanzierungskosten im Interesse der Gesellschaft und aller Aktionär:innen erreicht. Durch die Raschheit des Platzierungsverfahrens können Marktschwankungen und damit Kursangriffe auf die ausgegebenen oder sonstigen Papiere der Gesellschaft aus Anlass der Ausgabe vermieden werden.

Schließlich wird die Gesellschaft in die Lage versetzt, innerhalb des Ermächtigungszeitraumes attraktive Ausgabebedingungen flexibel festzusetzen. Gleichzeitig kann der erwarteten

Entwicklung des Aktienkurses Rechnung getragen und auf die zum Ausgabezeitpunkt üblichen Konditionen und Gepflogenheiten der internationalen Finanzmärkte eingegangen werden.

Die vorgeschlagenen Ermächtigungen des Vorstands zum Ausschluss der Bezugsrechte sind durch das angestrebte Ziel, nämlich eine Optimierung der Kapitalstruktur und eine Senkung der Finanzierungs- und Akquisitionskosten und damit eine weitere Festigung und Verbesserung der Wettbewerbsposition der Gesellschaft im Interesse der Gesellschaft und der Aktionäre zu gewährleisten, sachlich gerechtfertigt. Ein Bezugsrechtsausschluss ist darüber hinaus auch angemessen und notwendig, weil die erwartete Zufuhr von Eigenkapital durch die zielgruppenspezifische Orientierung der Gewinn und Wandelschuldverschreibungen kostenintensivere Kapitalmaßnahmen ersetzt, günstige Finanzierungsbedingungen bietet und eine langfristige und flexible Geschäftsplanung und Verwirklichung der geplanten Unternehmensziele zum Wohle der Gesellschaft und, damit verbunden, auch aller Aktionäre sichert. Ohne Ausschluss der Bezugsrechte ist es der Gesellschaft nicht möglich, rasch und flexibel auf günstige Marktkonditionen oder Akquisitionsmöglichkeiten zu reagieren. Der Vorstand der Gesellschaft erwartet, dass der Vorteil der Gesellschaft aus dem Begeben von Gewinn- oder Wandelschuldverschreibungen unter Bezugsrechtsausschluss allen Aktionär:innen zugute kommt und das Gesellschaftsinteresse daher den Nachteil der Aktionär:innen durch den Ausschluss der Bezugsrechte überwiegt.

Zusammenfassend kann bei Abwägung aller angeführten Umstände festgestellt werden, dass die Ermächtigungen zum Bezugsrechtsausschluss in den beschriebenen Grenzen erforderlich, geeignet, angemessen und im überwiegenden Interesse der Gesellschaft sachlich gerechtfertigt und geboten sind.

Wien, im März 2025

Der Vorstand